



Erhitzte Debatte um Behindertenrechte: Hubert Hüppe, Ute Sybille Schmitz, Uwe Schommer, Julia Probst (v. l.)

## Arztpraxen barrierefrei machen Angebote für Patienten mit Behinderungen ausbauen

>>> Uwe Schommer, Mitglied des Bundestages (MdB), MdB Hubert Hüppe und MdB Emmi Zeulner von der CDU/CSU luden am 26. April 2017 zum Fraktionsfachgespräch in den Deutschen Bundestag im „Jakob-Kaiser-Haus“ nach Berlin ein



**U**nter den 80 Fachleuten vertraten die Gruppe der Gehörlosen: der Präsident des Deutschen Gehörlosenbundes Helmut Vogel, die Gebärdensprachdolmetscherin Ute Sybille Schmitz und Julia Probst, Referentin des Gehörlosenverbands Hamburg.

### Im Fachfraktionsgespräch

Uwe Schommer befragte Professor Josef Hecken, Vorsitzender des Gemeinsamen Bundesausschusses, nach der Fallpauschale im Krankheitsfall. Professor Hecken erwiderte, dass die Kosten von Dolmetschern auf jeden Fall in der Fallpauschale enthalten und vom Krankenhaus zu tragen sind. Wenn einzelne Krankenhäuser dies anders sehen, dann müsste man klagen, führte er aus. Ute Sybille Schmitz beharrte auf einer gesetzlichen Regelung, damit gerade solche Klagen nicht auftreten und Gebärdensprachdolmetscher sowie die tauben Patienten eine Sicherheit bezüg-

lich der Kostenübernahme haben. Dazu muss es ein Wunsch- und Wahlrecht für taube Menschen geben, damit sie sich selbst für einen Dolmetscher entscheiden können und nicht aus Kostengründen jemanden vom Krankenhaus vorgesetzt bekommen. Schmitz zeigte, dass die Praxis in Deutschland anders aussieht und in etwa 60 Fällen die Krankenhäuser die Kostenübernahme mit dem Argument ablehnen: „Wir haben keinen Dolmetscher bestellt!“

### Gesetzliche Nachsteuerung

Helmut Vogel wies auf die Situation der Tauben im medizinischen Setting und dessen Barrieren hin und forderte hierzu mehr Aufklärungsarbeit. Andreas Bethke, Geschäftsführer des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbands, ergänzte, dass kein Wahlrecht für behinderte Menschen einer Diskriminierung gleichkommt und keineswegs der UN-BRK entspricht. Der Kontext war, dass die Dolmetscherkosten in der



Ute Sybille Schmitz und Julia Probst (v. l.)

Fallpauschale enthalten sind, ebenso von Dr. Andreas Gassen Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung. MdB Emmi Zeulner versprach in ihrem Schlusswort, sich für eine „gesetzliche Nachsteuerung“ in Bezug zur Fallpauschale einzusetzen und veranlasste die Weiterleitung an Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Redaktion  
Fotos: Irina Tischer